

OLYMPISCHE WINTERSPIELE IN DEN ALPEN – SO NICHT!



ARGUMENTE, FAKTEN UND ERFAHRUNGSBERICHTE

FEBRUAR 2014

Die CIPRA, eine vielfältige und vielgestaltige Organisation

Die Internationale Alpenschutzkommission CIPRA ist eine nichtstaatliche Dachorganisation mit nationalen Vertretungen in den Alpenländern, die über 100 Verbände und Organisationen aus sieben Alpenstaaten vertritt. Sie arbeitet für eine nachhaltige Entwicklung in den Alpen und setzt sich für die Erhaltung des Natur- und Kulturerbes, für die Erhaltung der regionalen Vielfalt und für Lösungen grenzüberschreitender Probleme im Alpenraum ein.

www.cipra.org



Inhalt

I.	Olympische Winterspiele	3
II.	Argumente	3
	1. Illusorische Versprechungen	3
	2. Olympisches Strohfeuer	3
	3. Zu gross für den begrenzten Raum in den Alpen.....	4
	4. Unrealistische Planungen.....	4
	5. Zu teuer und zu riskant.....	4
	6. Das IOC ist kein fairer Partner.....	4
	7. Verschärfung der wirtschaftlichen Probleme.....	5
	8. Nicht nachhaltig	5
	9. Eingriffe in Natur und Landschaft	5
	10. Klimawandel treibt das Rad an.....	5
III.	Positionspapier CIPRA	6
	Olympiafreie Alpen	6
IV.	IOC (Internationales Olympisches Komitee)	7
	IOC Geschichte	7
	Willige Bewerber akzeptieren alle Bedingungen	8
	Sittenwidrige Knebelungsverträge.....	8
V.	Erfahrungsberichte.....	9
	Die Kandidaturen von München für 2018 und 2022.....	9
	Kandidatur Graubünden 2022	10
	Die Kandidatur von Annecy für die Olympischen Winterspiele 2018	12
	Vancouver 2010: Der nacholympische Zahltag.....	14
	Olympische Winterspiele Turin 2006.....	15
	Salzburgs Kandidaturen für Olympische Winterspiele	17



I. OLYMPISCHE WINTERSPIELE

Die Alpen waren schon mehrmals Austragungsort für die Olympischen Winterspiele, zuletzt 2006 in Turin. In den letzten Jahren scheiterten alle Kandidaturen aus den Alpen, sei es, weil das Internationale Olympische Komitee (IOC) anderen, mächtigeren Kandidaten den Vorzug gab, sei es, weil die örtliche Bevölkerung sich dagegen aussprach.

Eine Auswertung der Erfahrungen zeigt: In Demokratien wie den Alpenländern haben Olympische Winterspiele einen schweren Stand. Die Menschen sind nicht mehr bereit, ausufernden Gigantismus, Umweltschäden, unkalkulierbare Kosten und das Diktat des allmächtigen IOC zu akzeptieren. Die vorliegende Sammlung von Erfahrungsberichten, Argumenten und fachlichen Informationen legt dar, warum Olympische Winterspiele in ihrer derzeitigen Form in den Alpen keinen Platz mehr haben.

weitere Informationen:

De: www.cipra.org/de/olympia

It: www.cipra.org/it/olimpiadi

Fr: www.cipra.org/fr/olympiades

Sl: www.cipra.org/sl/olimpijada

En: www.cipra.org/en/olympics

II. ARGUMENTE

1. Illusorische Versprechungen

«Schnee-weiss» und nachhaltig «grün» sollen die Winterspiele sein. Heutzutage und erst recht in Zukunft sind sie aber durch die Klimaerwärmung «braun». Verlockende Versprechungen stehen bei jeder Kandidatur im Vordergrund, werden aber nie eingehalten. Olympische Winterspiele sind heute kein völkerverbindendes Sportereignis, sondern ein grosses Geschäft für die Geldmaschine Internationales Olympisches Komitee (IOC).

2. Olympisches Strohfeuer

Die Erwartungen an die Wirtschaftlichkeit sind zu hoch. Kurzfristig führen die Milliardeninvestitionen zu einem Boom der Bauwirtschaft in den Austragungsorten. Zwar kann man kurz vor, während und kurz nach den Spielen viele Übernachtungen generieren. Doch die Erfahrungen zeigen, dass der Grossanlass mittel- und langfristig mehr wirtschaftliche Risiken als Chancen birgt. Keine einzige Studie kann nachweisen, dass die Spiele eine andauernde positive Wirtschaftsentwicklung für die durchführende Region bewirkten. Die Erfahrung zeigt, dass Olympische Spiele eher ein Strohfeuer sind und kein Treiber einer positiven Wirtschaftsentwicklung. Eine Steigerung der Lebenshaltungs- und Mietkosten begleitet Veranstaltungen dieser Art.

Bei der Weltmeisterschaft 2011 in Garmisch-Partenkirchen zum Beispiel zeigten sich viele Geschäftsleute enttäuscht. Die negativen Effekte der ungleich grösseren und länger dauernden Olympischen Spielen sind noch massiver. Nach Vancouver 2010 werden hohe Schulden durch die öffentliche Hand über Jahre zurückbezahlt.



3. Zu gross für den begrenzten Raum in den Alpen

Es gibt keine Olympischen Winterspiele, die in die Alpen passen. Es steht bei Einreichen der Kandidatur nicht fest, welche und wie viele Wettbewerbe durchgeführt werden. In den letzten Jahren ist die Anzahl an Disziplinen, Athleten, Medienleuten, Volontären, Zuschauern sowie IOC-Betreuenden, -Sponsoren und -Gästen bei den Wettkämpfen stets gewachsen.

Die Aufblähung der Spiele mit immer mehr Wettbewerben zeigt deutlich, dass die Gebirgsorte und die Gebirgstäler mit der Ausrichtung der Spiele überfordert wären.



Wasserreservoir für künstliche Beschneigung.
© Sylvia Hamberger, Gesellschaft für ökologische Forschung

4. Unrealistische Planungen

Die Planungen werden im Vorfeld übertrieben positiv dargestellt. Es fehlen detaillierte Unterlagen. In der Bewerbung München 2018 zeigte sich, dass alle Versprechungen, die im Vorfeld gemacht wurden, bei der Konkretisierung der Bewerbung nicht mehr galten. In Garmisch wurden Grundeigentümer unter Druck gesetzt, damit sie ihre Grundstücke zur Verfügung stellen. Zeitweise wurde mit Enteignung gedroht. Auch die Angabe, dass 84 Prozent der Anlagen bereits vorhanden seien, hielten keiner Überprüfung stand.

5. Zu teuer und zu riskant

Die Kosten sind gigantisch: Für die Kandidatur von St. Moritz für Olympische Winterspiele in 2022 wurden für Organisation und Durchführung 2,8 Milliarden Franken veranschlagt, für Infrastrukturen 1,6 Mrd. Franken. Die Gewinne aus Fernseh- und Sponsoreneinnahmen kassiert das steuerbefreite IOC, das Defizit müssten Bund und Kanton übernehmen. Noch nicht ausgewiesen sind die Sicherheitskosten.

Die wahren Durchführungs- und Infrastrukturkosten der Olympischen Winterspiele erfährt man immer erst nach den Spielen; sie sind mindestens drei Mal höher als geplant. Allein während der Abstimmungsphase für die Kandidatur von «St. Moritz 2022» stiegen die geplanten Bewerbungskosten von 36 auf 60 Millionen Franken. Für die Sicherheit des Sportanlasses in Graubünden wurden nur 250 Mio. Franken budgetiert, was nie genügt hätte. In Vancouver 2010 betragen allein die Sicherheitskosten 900 Millionen Dollar – fünf Mal so viel wie budgetiert.



6. Das IOC ist kein fairer Partner

Das IOC raubt den Gemeinden mit seinem Host-City-Vertrag jegliche Selbstbestimmung. Die willkürliche Zuweisung aller Risiken und Pflichten an die Austragungsorte und aller Rechte an das IOC stösst auch in der Bevölkerung der betroffenen Regionen zunehmend auf Ablehnung.



Wenn eine Kandidatur den Zuschlag bekommt, dann nimmt das IOC das Zepter in die Hand. Es regelt mit den Austragungsorten einseitig die Geschäftsbedingungen für die Vergabe der Olympischen Winterspiele – bis ins Detail. Es gibt keine verbindlichen Zusagen des IOC, dass an den Entscheidungsgrundlagen, auf denen eine Volksabstimmung basiert, nichts mehr geändert wird.

7. Verschärfung der wirtschaftlichen Probleme

Wenn Olympia als Mittel für die Tourismusentwicklung einer Alpenregion angepriesen wird, zeugt dies von einer unsorgfältigen Analyse oder von kurzfristigem Gewinnstreben. In einer ehrlichen Kosten-Nutzen-Rechnung fällt Olympia aus Sicht der Steuerzahlenden nämlich klar durch. Olympia setzt mit dem Wintersport auf den falschen Markt und privilegiert werbetechnisch mit Wintertourismustorten einseitig die bereits bekannten Destinationen im Alpenraum. Der Megaevent ist aber auch der falsche Imagerträger für den existierenden Schneesport im Alpenraum. Zudem schafft Olympia Überkapazitäten in der Beherbergungsbranche, generiert keine wiederkehrende neue Nachfrage und treibt die Bodenpreise weiter hoch.

8. Nicht nachhaltig

Viele Bauten werden nur temporär gebraucht und nach den Spielen zum Teil abgebrochen. Immer wieder stehen Ruinen defizitär in der Landschaft – allen Beteuerungen zum Trotz, dass möglichst bestehende Sportinfrastrukturen genutzt würden. Verkehr, Sicherheit und Beherbergung bringen Alpentäler an ihre Grenzen. Olympische Winterspiele sind nicht nachhaltig: Dem langfristig geringen wirtschaftlichen Nutzen stehen eine hohe Schuldenlast für die öffentliche Hand und eine schwer wiegende ökologische Belastung gegenüber.

9. Eingriffe in Natur und Landschaft

Zum Thema Umwelt und Nachhaltigkeit finden sich im über 60-seitigen Host-City-Vertrag nur acht Zeilen. In den Machbarkeitsbeurteilungen fehlen konkrete Massnahmen jeweils ganz. Bei einem solchen Massenanstoss mit über 100'000 Tagesgästen und einem gigantischen Bauprogramm von mehreren Milliarden Euro oder Franken sind jedoch Eingriffe in die Natur und Landschaft unvermeidlich. Der Energie- und Raumbedarf sowie die Anlagen für die Kunstschneeaufbereitung sind gigantisch. Zehn Jahre intensive Bauerei erhöhen die Umwelt-, Luft- und Lärmbelastung im sensiblen Alpenraum.

10. Klimawandel treibt das Rad an

Immer wärmere und wechselhaftere Winter zeigen, dass die Zeit für so grosse, schneegebundene Freilandevents zu Ende geht. Alle Ski- und Snowboard-Wettbewerbe, alle nordischen und alle Biathlon-Wettbewerbe brauchen inzwischen zwingend Kunstschnee, mit allen damit einhergehenden Infrastrukturen und Auswirkungen auf die Umwelt. Sind Olympische Winterspiele diesen Preis wirklich wert?

Quellen:

Zusammengefasst von Stefan Grass aus Beiträgen

von SP-Nationalrätin Silva Semadeni: www.olympia-nein.ch/go/argumente/kritik.php

von Jon Pult, Präsident der SP Graubünden: www.olympia-nein.ch/go/argumente/spgr.php

Zusammengefasst von Axel Doering aus Beiträgen des Redaktionsteams von Nolympia: Silvia Ham-



berger und Wolfgang Zängl, Gesellschaft für ökologische Forschung; Axel Doering und Andreas Keller, Bund Naturschutz; Thomas Pampuch, Journalist: www.nolympia.de/grunde-gegen-olympia-2018

III. POSITIONSPAPIER CIPRA

8.2. 2014, CIPRA Präsidiumssitzung 2014

OLYMPIAFREIE ALPEN

CIPRA International fordert, dass in den Alpen keine Olympischen Winterspiele mehr geplant und durchgeführt werden. Die Alpen sollen olympiafrei bleiben, so wie sie es in den letzten acht Jahren waren. Olympische Winterspiele in der derzeitigen Form sind weder umwelt- noch sozialverträglich. Die CIPRA lehnt daher Olympische Winterspiele in den Alpen – wie auch anderswo – in ihrer heutigen Form ab. Die Erfahrungen der vergangenen Jahrzehnte zeigen, dass die Berge sich nicht für diesen umweltzerstörerischen und ruinösen Grossanlass eignen. Die Volksabstimmungen in Graubünden und München weisen darauf hin, dass breite Kreise der Alpenbevölkerung kaum mehr bereit sind, die Belastungen von Olympischen Winterspielen in Kauf zu nehmen.

Die Alpen sind ein sensibler Natur- und Kulturraum, der sich nicht für Olympische Winterspiele eignet. Deren Ausrichtung nimmt mittlerweile Dimensionen an, die für die meist kleinräumig strukturierten Alpenregionen nicht mehr verkraftbar sind. Die Anforderungen von Olympischen Winterspielen an Verkehrsinfrastrukturen, Sportanlagen und Beherbergungsangebote sind heute derart hoch, dass diese in den Alpen nicht mehr erfüllt werden können. Die Aufblähung der Spiele mit immer mehr Wettbewerben überfordert die Austragungsorte und ihre Regionen. Die Belastungen von Olympischen Winterspielen haben für Natur und Mensch eine Schwelle überschritten, die nicht mehr akzeptabel ist.

Immer grössere Eingriffe in Natur und Landschaft

Skipisten, Beförderungsanlagen, Sportstadien, Zufahrtstrassen und Parkplätze benötigen immer mehr Flächen und ziehen bedeutende Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft nach sich. Der Klimawandel, der gerade für die Zukunft des Alpenraums ein wesentliches Problem darstellt, spielt für die Verantwortlichen des Internationalen Olympischen Komitees (IOC) und für viele PolitikerInnen der Bewerberorte offenbar keine Rolle. Schneemangel und Wetterkapriolen werden als technisch beherrschbare Dimensionen dargestellt, oder man sieht einfach darüber hinweg. Will man noch halbwegs Schneesicherheit garantieren, ist zwingend Kunstschnee aus immer leistungsstärkeren Anlagen notwendig. Kunstschnee wird in Depots übersomert oder in Schneefabriken produziert. Solche Anlagen erfordern immer mehr Eingriffe in die Landschaft, mehr Energie und mehr Wasser.

Knebelverträge des IOC

Mit den geltenden Reglementen und Vertragsbedingungen des IOC ist es nicht mehr verantwortbar, Olympische Winterspiele in den Alpen durchzuführen. Das Vorgehen des IOC ist intransparent und



dessen Vorgaben sind undemokratisch. Mit seinen Host-City-Verträgen nimmt das IOC den Gemeinden und Regionen jegliche Selbstbestimmung. Es gibt keine verbindlichen Zusagen des IOC, dass an den Entscheidungsgrundlagen, die einer Volksabstimmung zu Grunde liegen, nichts mehr geändert wird. Diese Strategie mag in autokratisch regierten Ländern vielleicht aufgehen, aber für demokratische Nationen ist dies ein unhaltbarer Zustand. Wichtige Themen wie Umwelt und Nachhaltigkeit, die für die Regionen und Gemeinden in den Alpen auf der Tagesordnung stehen, bilden für das IOC keinen ernstzunehmenden Schwerpunkt.

Die CIPRA fordert eine grundlegende Reform des IOC wie auch der Regelwerke für die Planung und Durchführung Olympischer Winterspiele. Olympische Winterspiele müssen wieder zu Spielen der Jugend und zu einem Symbol für Frieden und Freiheit werden. Sie müssen transparent sowie sozial- und umweltverträglich vorbereitet und durchgeführt werden.

Wirtschaftliches Desaster für Regionen

Eine ehrliche Kosten-Nutzen-Rechnung der Olympischen Spiele ergibt für die Steuerzahlenden eine klar negative Bilanz. Keine einzige Studie kann ernsthaft nachweisen, dass die Spiele in einer Alpenregion andauernd und positiv zur Wirtschaftsentwicklung beigetragen hätten. Im Gegenteil: Die Erfahrungen zeigen, dass die ökonomischen Effekte von Olympischen Spielen nur kurzfristig wirksam sind – wenn überhaupt. Zurück bleiben in den Austragungsorten in der Regel die Schulden. Olympia setzt zudem mit dem schneegebundenen Wintersport auf den falschen Markt und privilegiert werbeteknisch einseitig die bereits bekannten Destinationen. Den peripheren Regionen bleiben die Schulden und Ruinen. So erging es zum Beispiel den italienischen Tälern Susa und Chisone nach «Torino 2006».

Die Zukunft der Alpen: Olympiafrei!

Unter diesen Voraussetzungen kann die Zukunft der Alpen nur olympiafrei sein. Gemeinden und Regionen der Alpen sollen zukünftig darauf verzichten, sich für Olympische Winterspiele zu bewerben. Auf die Lancierung von teuren Kandidaturen, die den Staat und die Gemeinden viel Geld kosten, das dann andernorts fehlt, soll grundsätzlich verzichtet werden. Angesichts der fehlenden Bereitschaft des IOC, bei den Winterspielen einen radikalen Kurswechsel zu vollziehen, sollen die Alpenregionen ihre Konsequenzen ziehen: Olympiafreie Alpen heute und in Zukunft!

IV. IOC (INTERNATIONALES OLYMPISCHES KOMITEE)

IOC Geschichte

Seit 1915 hat das Internationale Olympische Komitee (IOC) seinen Sitz in Lausanne und ist ein nach Schweizer Recht eingetragener Privatverein. Das IOC verfügt über die Olympischen Spiele und ist «Eigentümer» der olympischen Symbole und der Spiele. In der Olympischen Charta sind keine grossen ethischen oder sportphilosophischen Abhandlungen zu finden, im Gegenteil: In ihr und in dem Host City Contract mit den Gastgeberorten sind die Geschäftsbedingungen für die Vergabe der Olympischen Sommer- oder Winterspiele geregelt – und zwar genauestens.



Denn es geht um Geld, und zwar um immer mehr Geld. Wie der Fussball-Weltverband FIFA im Fall der WM zwingt das IOC jeder Regierung, die Olympische Spiele ausrichten möchte, Steuerbefreiung ab. Denn dieser Privatverein nach Schweizer Recht ist de facto ein globaler Konzern, verhandelt mit Staaten und Organisationen wie den UN und besitzt fast diplomatischen Status, unbehelligt von Strafgesetzen oder internationalen Konventionen.



© miss604 / flickr.com

Willige Bewerber akzeptieren alle Bedingungen

Das Zauberwort «Olympische Spiele» veranlasst Staaten und potentielle Ausrichterorte dazu, bereits im Vorfeld auf alle Bedingungen des IOC einzugehen, obwohl die Geschäftsgebaren des IOC als sehr umstritten gelten. Das IOC nutzt die Willigkeit der Bewerber um die Ausrichtung der Spiele, um Bedingungen zu diktieren, die Geschäftspartner im normalen Geschäftsleben weder fordern noch akzeptieren würden. Die Bewerberstädte geben ihre Unterschrift praktisch als Rechtsvorgänger des Organisationskomitees der Olympischen Spiele (OCOG) ab, obwohl ihnen keinerlei Einflussnahme eingeräumt wird. Das OCOG plant, finanziert und führt die eigentlichen Spiele durch. Dazu gehören die Organisationskosten und die Kosten für temporäre Einrichtungen. Zum OCOG Budget gehören die Einnahmen aus Fernsehrechten, Marketingrechten, Lotterie- und Münzprogrammen sowie Zuwendungen des IOC. Das gesamte Restrisiko wird von Bund, Land und Ausrichterorten getragen. Alle permanenten Einrichtungen, wie die Infrastrukturen und alles was verbleibt und nicht gleich wieder abgebaut wird, muss von den Ausrichterorten finanziert werden.

Sittenwidrige Knebelungsverträge

Die Entwürfe der Verträge des IOC mit den Bewerberorten wurde von den Juristen des Landes Salzburg bei ihrer Beurteilung des Host City Vertrages von Salzburg (Bewerbung 2014) als sittenwidrige Knebelungsverträge bezeichnet (Axel Doering, Gesellschaft für ökologische Forschung e.V.). Es liegt im alleinigen Ermessen des IOC, welchen Teil des Reinertrages aus dem Marketingprogramm und dem Verkauf der Senderechte – als wesentlichsten Einnahmequellen – es dem OCOG überlässt. Das IOC hat die Möglichkeit, bei Nichteinhaltung von Verpflichtungen des OCOG nach alleinigem Ermessen Zahlungen bis zu 25 Prozent zurückzuhalten. Das IOC behält sich einseitige, inhaltlich völlig undefinierte und dem OCOG derzeit noch unbekannte Änderungen seiner technischen Leitfäden, Handbücher und anderer Vorgaben vor, und zwingt u.a. das OCOG, sich an diese Änderungen anzupassen. Das OCOG darf Kapazität, Inhalte, Lage, Struktur, Konstruktion der laut Bewerbung vorgeschlagenen Austragungsstätten bzw. des Olympischen Dorfes ohne IOC-Zustimmung nicht ändern. Das heisst, dass das Kandidaturdossier für die Behörden gegenüber dem IOC verbindlich ist, bevor die für die Olympiabauten ordentlichen Baubewilligungsverfahren durchgeführt werden.

Quelle: www.olympia-nein.ch/go/ioc/index.php



V. ERFAHRUNGSBERICHTE

DIE KANDIDATUREN VON MÜNCHEN FÜR 2018 UND 2022

Die Kandidatur Münchens für 2018 wurde im November 2007 zunächst ohne jede Bürgerbeteiligung und Diskussion, fast ohne Gegenstimmen, im Stadtrat Münchens, dem Gemeinderat Garmisch-Partenkirchens und dem Kreistag im Berchtesgadener Land beschlossen. Eine Bürgerbeteiligung war ausdrücklich nicht vorgesehen.



Proteste gegen Olympische Winterspiele in München. © Axel Döring/Gesellschaft für ökologische Forschung.

Bürgerentscheid durchgesetzt

Parallel dazu liefen in Garmisch-Partenkirchen die Vorbereitungen für die Ski-Weltmeisterschaft 2011. Nachdem der Ausbau der Pisten deutlich anders und grösser erfolgte als bei der Bewerbung versprochen, regten sich erste Bürgerproteste.

Im Jahr 2010 formierte sich, nach den schlechten Erfahrungen mit der Ski-Weltmeisterschaft, der Widerstand im Bündnis Nolympia. Obwohl die Bewerber alles taten, um eine Bürgerbeteiligung zu verhindern, konnte Nolympia in Garmisch-Partenkirchen einen Bürgerentscheid durchsetzen. Dieser Bürgerentscheid ging im Mai 2011, nach einer unglaublichen Materialschlacht der Bewerber, knapp verloren. Die Zeit für die Ablehnung dieses Riesenspektakels war offensichtlich noch nicht reif.

Botschaft ist angekommen

Der neue Anlauf für die Kandidatur Münchens für die Olympischen Winterspiele 2022 sollte bereits vor der Bewerbung ein Mandat durch den Bürger erhalten, um Widerstände auszuschalten. So jedenfalls sahen es die treibenden Kräfte vor.

Jetzt konnten die Olympia-Gegner auf ihr in der Kandidatur für 2018 erworbenes, Wissen aufbauen. Es zeigte sich, dass viele der Gegenargumente nun in den Köpfen der BürgerInnen verankert waren. Dies zeigte sich im Ergebnis der Abstimmung von November 2013:

- München: 47,9 % Ja- gegenüber 52,1 % Nein-Stimmen (Wahlbeteiligung 28,8 %)
- Garmisch-Partenkirchen: 48,44 % Ja- gegenüber 51,56 % Nein-Stimmen (Wahlbeteiligung 58,8 %)
- Traunstein: 40,33 % Ja- gegenüber 59,67 % Nein-Stimmen (Wahlbeteiligung 39,98 %)
- Berchtesgadener Land: 45,9 % Ja- gegenüber 54,1 % Nein-Stimmen (Wahlbeteiligung 38,25 %)

Die Olympiabewerber und ihre Arroganz

Fazit: Die Olympiabewerber haben die Qualität der Argumente des Gegenkomitees Nolympia unterschätzt. Sie glaubten, auf Prominenz und Emotionen setzen zu können. Gewaltige Materialschlachten hätten Argumente ersetzen sollen – bis hin zu Durchsagen in der Bahn, dass man beim Bürgerent-



scheid für die Olympiabewerbung stimmen sollte, oder dem Aufruf eines Pfarrers in Garmisch, das «Richtige» zu wählen.

Es spricht für die Qualität und Zähigkeit der Olympia-Gegner und die Vernunft der BürgerInnen, dass sich David gegen Goliath in diesem Kampf ziemlich souverän durchsetzte. Offenbar war die Zeit reif für eine Absage an umweltschädigende Mega-Events. Bezeichnend war die extrem unfaire Art mit der manche dieser Spitzensportler und Funktionäre die Niederlage hingenommen haben. Wie wären dieselben Leute bei einem Sieg mit den Ausrichte-Orten umgegangen?

Schlagkräftige Organisation Nolympia

Nolympia ist als lockeres Netzwerk organisiert. Es gibt keine Strukturen als Verein. Dadurch war es sehr einfach, Gruppen und Einzelpersonen schnell zu integrieren. Als wesentlich im Widerstand erwies sich die Webseite www.Nolympia.de. Hier waren (und sind) alle Informationen abrufbar. In Nolympia hat sich auch die Stärke des Ehrenamts gezeigt: Während die Olympiabewerber, nachdem es keine Bezahlung mehr gab, ihre Website abschalteten und keine Aktivitäten mehr erkennbar sind, gibt es Nolympia nach wie vor und die Website wird weiterhin gepflegt und aktualisiert.

Weitere Informationen: www.nolympia.de (de)

Zum Autor

Axel Doering war 42 Jahre Förster in Garmisch-Partenkirchen, sass dort 18 Jahre im Gemeinderat und im Tourismusausschuss. Er ist Kreisvorsitzender des Bundes Naturschutz (BN) in Garmisch-Partenkirchen und Sprecher des Landesarbeitskreises Alpen des BN. In der CIPRA Deutschland bekleidet er das Amt des Vizepräsidenten.

Im Jahr 2010 war Axel Doering einer der Mitbegründer des Netzwerks Nolympia zur Ablehnung der Olympiabewerbungen München 2018 und München 2022.

Kontakt: doering@bn-gap.de

KANDIDATUR GRAUBÜNDEN 2022

Die Bündner Regierung wollte die Grundsatzfrage zu Olympischen Winterspielen (OWS) «St. Moritz 2022» als Kantonsabstimmung durchführen, die Gemeindebehörden in St. Moritz und Davos taten dies zusätzlich als Kommunalabstimmungen. Das geplante Budget wurde vom Bund bestätigt: für die Kandidatur 60 Millionen Franken, die Durchführung 2,8 Milliarden und für Infrastrukturen 1,6 Milliarden. Bund und Kanton hätten daran zusammen mindestens 1'345 Millionen Franken bezahlen sollen. Am 3. März 2013 lehnte die Bündner Stimmbevölkerung mit 53 Prozent eine Beteiligung an OWS im 2022 ab.



In Davos. © StudentReporter / flickr.com



Finanziert durch öffentliche Hand

Der Grosse Rat hat die Grundsatzfrage mit einem Kreditbegehren über 300 Millionen Franken aus dem Kantonsvermögen als OWS-Beitrag verbunden. Da es um die Änderung des kantonalen Haushaltgesetzes ging, war der Wille des Volkes rechtsverbindlich. Zudem hatte Bundespräsident Ueli Maurer, zusammen mit den Olympia-Drahtziehern und der Bündner Regierung, versprochen, bei einem «Nein» werde der Stecker gezogen. Bei einem «Ja» wäre die Botschaft des Bundesrates mit dem Begehren einer Defizitübernahme von maximal einer Milliarde Franken in der Sommersession des schweizerischen Parlaments zur Diskussion gestanden.

Kein Entkommen aus den «Knebelungsverträgen»

Das Internationale Olympische Komitee (IOC) schreibt in den Reglementen vor, dass die Verpflichtungen im Voraus durch den Bundesrat unterschrieben werden müssen. Wäre St. Moritz 2022 anschliessend Kandidatur-City geworden, hätte ein verbindliches Kandidaturdossier erarbeitet werden müssen. Bei einem Zuschlag für die OWS 2022 wäre am gleichen Tag der Host-City-Vertrag unterschrieben worden, der alle Rechte des IOC und alle Pflichten der Austragungsorte festschreibt. Daher wird dieser Vertrag seit der Analyse aus Salzburg 2014 und Gutachten zu München 2018 als «sittenwidriger Knebelungsvertrag» gehandelt.

Siehe www.olympia-nein.ch/go/ioc/index.php

Ja-Walze konnte nichts ausrichten

Die Gegenkampagne hat den Widerwillen gegen das IOC und dem Gigaevent bewirtschaftet. Diese Ablehnung war im Stimmvolk bereits angelegt, wie die Ablehnung im Jahr 2002 gegen «Bern 2010» mit 70 Prozent Nein-Stimmen belegt. Die drei Hauptbotschaften «zu gross, zu teuer, fremdbestimmt» konnten trotz kleinem Kampagnenbudget über die kantonalen und schweizerischen Medien dem Stimmvolk näher gebracht werden. Die intensive, millionenschwere Ja-Kampagne mit über 150 Veranstaltungen in ganz Graubünden und Verlockungen von Sportdirektor Gian Gilli, Regierungsrat Hansjörg Trachsel und Bundesrat Ueli Maurer konnte den hohen Nein-Anteil zwar schwächen, aber die kritische Stimmung nicht kippen. Die Ja-Walze hat sich ins Gegenteil verkehrt, es entstand ein «Overkill», worüber sich auch Medienschaffende und Leserbriefschreibende beschwerten. Schweizweit gab es in allen Parteien Widerstand von prominenten Politikerinnen und Politikern. Hätte es noch länger gedauert bis zur Abstimmung, hätte sich der Nein-Anteil wieder erhöht, weil zu viele Fragen vor allem zur Finanzierung offen waren. Das Feindbild gegen das IOC und dessen Knebelungsverträge hat sich, wie später auch in Bayern, durchgesetzt.

Es ist Zeit für Olympiafreie Alpen

Mit den geltenden Reglementen und Vertragsbedingungen des IOC ist es nicht mehr verantwortbar, Olympische Winterspiele in den Alpen durchzuführen. Zu teuer und überdimensioniert ist solch ein einmaliger Event. Man kann nach Abstimmungen in Bayern, Wien und Graubünden im Jahr 2013 feststellen, dass Olympiakandidaturen im demokratischen Alpenraum nicht mehr getragen werden. Es gibt einen starken Anti-Olympia-Konsens von den ländlichen Gebieten bis zu den urbanen Zentren.



Die Gründe sind vielfältig – von der Angst vor Gigantismus und Umweltschäden bis zu einem massiven Misstrauen gegenüber dem IOC. Zumindest innerhalb des europäischen Alpenraumes kristallisiert sich der gemeinsame Volks-Wille heraus für «Olympiafreie Alpen».

Zum Autor:

Stefan Grass, lebt und arbeitet in Chur, ist Leiter des Komitees Olympiakritisches Graubünden, leitete den Widerstand gegen die OWS-Kandidaturen Davos 2010, Zürich 2014 und St. Moritz 2022. Er war von 2001 bis 2008 Vertreter des VCS Schweiz in der CIPRA Schweiz, von 2004-08 dessen Vizepräsident. Er ist Zentralvorstandsmitglied des Verkehrs-Club der Schweiz und Präsident des VCS Graubünden. Er ist Vorstandsmitglied der Alpen-Initiative und Sekretär der Vereinigung Bündner Umweltorganisationen.

Kontakt: stefangrass@vcs-gr.ch

Weiterführende Links:

Argumente Grundsätzlich: Vom Wunschtraum zum Alptraum!

<http://www.olympia-nein.ch/go/argumente/index.php>

Wunsch und Wirklichkeit: Von der Kandidatenkür zum IOC-Diktat

<http://www.olympia-nein.ch/go/argumente/wunsch-oder-wirklichkeit.php>

International Olympic Committee: The winner takes it all. The winner is the IOC!

<http://www.olympia-nein.ch/go/ioc/index.php>

Medieninformationen: Wie geht der Olympia-Widerstand weiter?

<http://www.olympia-nein.ch/go/organisation/medieninformation.php>

DIE KANDIDATUR VON ANNECY FÜR DIE OLYMPISCHEN WINTERSPIELE 2018

Das französische Komitee im Internationalen Olympischen Komitee (IOC) beschloss, sich um die Winterspiele von 2018 zu bewerben. Annecy wurde unter mehreren Städten (Grenoble, Nizza, Ecrins-Pelvoux) ausgewählt. Die Entscheidung war politisch motiviert, auch wenn dies stets dementiert wurde.

An der Bewerbung von Annecy, die vom Departement Haute Savoie vehement unterstützt wurde, waren anfangs alle Wintersportorte des Departements beteiligt. Die Region Rhône-Alpes schloss sich trotz einigen Widerstands an. Der französische Staat haftete für das finanzielle Risiko, wie es seine Pflicht war – nicht mehr und nicht weniger!



Proteste in Annecy. © Comité Anti Olympique Annecy 2018 Zrilic



Wenig Unterstützung aus der Bevölkerung

Die Bewerbung von Annecy wurde als «grüne» Kandidatur angekündigt. CIPRA Frankreich beteiligte sich in einem Umweltkomitee, legte dann aber sein Mandat aus Protest nieder, weil das Komitee nur als Fassade diente und keinen echten Willen zum Schutz der Umwelt erkennen liess.

Umfragen in der Bevölkerung und besonders in Annecy liessen keine grosse Unterstützung für die Kandidatur schliessen. Verbände verwiesen auf die finanziellen und ökologischen Kosten und kritisierten die sinnlosen Projekte, wie zum Beispiel drei neue Eisbahnen für eine bereits bestens ausgestattete Region und die versprochene Sanierung der Schienenwege, die auch ohne Olympische Spiele vorgesehen war.

Eine wackelige Kandidatur

Bei der ersten Prüfung der Bewerbungen landete «Annecy 2018» hinter München und Südkorea auf dem dritten Platz. Trotzdem wollte «Annecy 2018» weiter um die Spiele kämpfen, und änderte sein Konzept grundlegend nach den Vorgaben des IOC. Die Wettkampfstätten wurden nun auf die Gemeinden Chamonix, La Clusaz und die Stadt Annecy verteilt, die anderen Wintersportorte blieben aussen vor. Zu diesem Zeitpunkt wäre es vernünftig gewesen, die Bewerbung zurückzuziehen, um die bereits erfolgten Ausgaben von 16 Millionen Euro für eine aussichtslose Kandidatur nicht weiter in die Höhe zu treiben. Den Zuschlag für die Olympischen Winterspiele 2018 erhielt schliesslich das südkoreanische Pyeongchang. An der Spitze des Organisationskomitees wechselten sich vier Geschäftsführer ab, was die wackelige Unterstützung und die politischen Konflikte mit der Isolierung des Bürgermeisters von Annecy deutlich machte.

Gebastel aus Eigeninteressen

Fazit: Eine kostspielige Bewerbung, die in einem kleinen, lokalen und politischen Komitee zusammengebastelt wurde, wo jeder versuchte, das Beste für sich herauszuholen. Das Ergebnis war eine Kandidatur ohne schlüssiges Konzept, die in der Bevölkerung auf Desinteresse und zum Teil auch auf heftigen Widerstand stiess.

Über den Autor:

Patrick Le Vaguerèse ist Vize-Präsident von Mountain Wilderness Frankreich und Ehrenpräsident von CIPRA Frankreich.

Kontakt: patrick.le-vaguerese@sfr.fr



VANCOUVER 2010: DER NACHOLYMPISCHE ZAHLTAG

Statt zwei kosteten die Olympischen Winterspiele 2010 in Vancouver unter dem Strich sieben bis acht Milliarden Kanadische Dollar. Jahrzehnte lang müssen die Kanadier nun Schuldendienst leisten – für 17 Feier-Tage.

Die Olympischen Winterspiele sollten gemäss der Kandidatur von Vancouver 2010 zwei Milliarden Kanadische Dollar kosten und 51 Millionen Gewinn bringen. Nicht eingerechnet wurden die Kosten für die Infrastruktur und die Sicherheit. Diese stiegen von anfangs 117 Millionen auf 712 Millionen Dollar. Die offiziellen Gesamtkosten liegen bei sieben bis acht Milliarden Kanadische Dollar (rund sechs Milliarden Euro).



© Rainer Sturm / pixelio

Insgesamt wurden für die Winterspiele von 12. bis 28. Februar 2010 und die Infrastruktur sechs Milliarden Kanadische Dollar investiert – Kapital, das nun für wichtige Aufgaben fehlt. Das Defizit beträgt nach Auskunft des Finanzministers von British Columbia 925 Millionen Kanadische Dollar (rund 713 Mio. Euro). Die Zeche muss die verschuldete Stadt über Jahrzehnte bezahlen.

Mit 80 teilnehmenden Nationen, 2'632 SportlerInnen und 86 Wettbewerben waren die Olympischen Spiele in Vancouver 2010 grösser als die vorangegangenen in Turin 2006. Mehrere Anlagen wurden neu gebaut – und teilweise nach den Spielen direkt wieder abgerissen. Für die zweieinhalb Stunden der Alpin-Wettkämpfe wurden Tausende Bäume gefällt. Ob die Strecke jemals wieder genutzt wird, ist offen.

Die Sportler wohnten während der Spiele «ökologisch nachhaltig» im Olympischen Dorf, dessen Wohnungen nach den Spielen als günstiger Wohnraum verkauft werden sollten. Die Baufirma des Olympischen Dorfes ist pleite. Die zuvor schon hohen Mieten und Immobilienpreise stiegen noch weiter an. Die Olympischen Aufträge gingen zum grössten Teil an in- und ausländische Grosskonzerne. Für die Fernsehrechte wurden von den Sendern in Amerika und Europa über eine Milliarde Dollar bezahlt. Davon geht ein grosser Teil an das IOC – steuerfrei.

Quellen: www.nolympia.de/archiv/vancouver/, www.olympia-nein.ch/go/argumente/wunsch-oder-wirklichkeit.php



OLYMPISCHE WINTERSPIELE TURIN 2006

Die Olympischen Winterspiele 2006 in Turin fanden im ehemaligen Fiat-Präsidenten Gianni Agnelli einen grossen Unterstützer. Er nutzte seinen internationalen Einfluss, um das Internationale Olympische Komitee (IOC) für die Stadt im Piemont zu gewinnen. Man darf nicht vergessen, dass Fiat seit jeher die Politik in Turin und im Piemont mitbestimmt. Und so sass auch im Organisationskomitee TOROC und in der Agentur Turin 2006 Vertrauensleute von Fiat. Während es sich beim TOROC um eine privatrechtliche Stiftung handelte, die nicht den Regeln und Kontrollen für öffentliche Aufträge unterlag, war die Agentur Turin 2006 als staatliche Körperschaft gegründet worden mit dem Zweck, die für die Spiele notwendigen Anlagen und Infrastrukturen mit öffentlichen Mitteln zu realisieren.



Sprungschanze bei Turin. © Francesco Pastorelli, CIPRA Italien.

3,5 Milliarden Euro – anstatt der veranschlagten 500 Millionen

Für die Olympischen Winterspiele in Turin wurden Mittel in Höhe von rund zwei Milliarden Euro bereitgestellt: 1,4 Milliarden vom italienischen Staat, 200 Millionen von der Gemeinde Turin, 300 Millionen von Privaten und 159 Millionen von anderen Körperschaften. Die Einnahmen aus Fernsehrechten, von Sponsoren, durch Eintrittskarten u.a. lagen knapp unter einer Milliarde Euro. Die Organisationskosten stiegen auf ca. 1,5 Milliarden Euro, während der Bau der Sportstätten über zwei Milliarden Euro kostete. Um das Defizit auszugleichen, mussten weitere öffentliche Mittel aufgebracht werden. Im 1998 eingereichten Bewerbungsdossier war man noch von geschätzten Kosten in Höhe von ca. 500 Millionen Euro ausgegangen.

Werbung für die Stadt, Ruinen für die Täler

Für die ganze Welt handelte es sich um die «Spiele von Turin». Doch in der Stadt Turin fanden nur einige Indoor-Wettbewerbe statt. Die meisten Wettkämpfe wurden in Bergorten in den Tälern Susa und Chisone ausgetragen. Für die Stadt Turin war es also eine Gelegenheit, Marketing für sich zu betreiben. Anders verlief es für die Bergorte, die nach den Spielen mit der Hinterlassenschaft der grossen und teuren Anlagen, wie zum Beispiel der Bobbahn und den Skisprungschanzen, zu kämpfen hatten. Diese Anlagen, die 60 bzw. 35 Millionen Euro kosteten, wurden nach 2006 so gut wie nicht mehr genutzt, weil die Betriebskosten zu hoch sind – 2,2 Millionen Euro pro Jahr für die Bobbahn und 1,5 Millionen Euro für die Skisprungschanzen – und weil diese Sportarten in Italien nur von wenigen Athleten ausgeübt werden.

Das IOC handelte verantwortungslos, als es die Nutzung der bestehenden Anlagen in Albertville – Austragungsort der Spiele von 1992 – unweit der Turiner Wettkampfstätten nicht erlaubte. Der Vorschlag von Umweltorganisationen, provisorische Anlagen zu errichten, die nach den Spielen wieder



hätten abgebaut werden können und die somit kostengünstiger und umweltfreundlicher gewesen wären, wurde von den italienischen Organisatoren abgelehnt.

Siehe auch «Die Ruinen von Turin 2006», SzeneAlpen Nr. 94, Seite 16

<http://www.cipra.org/de/alpmedia/news-de/4210>

Getäuschte Bevölkerung

Die öffentliche Meinung wurde stark beeinflusst durch die Massenmedien, die in Italien vorwiegend von der Politik- und Wirtschaftslobby kontrolliert werden. Diese hoben nur die positiven Aspekte hervor. Vermutlich hätte sich, im Gegensatz zu anderen Orten, bei einem Bürgerentscheid eine Mehrheit der Bevölkerung für die Spiele ausgesprochen. Die Bergorte als kleine Gemeinden mit wenig Einfluss auf die strategischen Entscheidungen, die in Rom und Turin getroffen wurden, passten sich an in der Hoffnung, ein Stück vom Geldkuchen abzubekommen.

Gegen die Spiele erhoben nur das Komitee «No Olimpiadi» und Umweltorganisationen ihre Stimme. Deren "Gegen alles"-Strategie, die sie nach der Vergabe der Spiele an Turin, fortsetzten, trug nichts zur Verbesserung von umweltbelastenden und überteuerten Projekten bei, sondern erwies sich im Nachhinein als unwirksam und erfolglos.

Die traurige Realität nach den Spielen

Die Olympischen Spiele hätten eine Neuausrichtung des Tourismus in den Turiner Bergen ermöglichen sollen. Neue Hotelbetten sollten entstehen in einem Gebiet, in dem Zweitwohnsitze überwiegen, der Qualitätstourismus sollte gefördert und die Saison verlängert werden. Doch nichts von all dem geschah. Die olympischen Dörfer wurden in Zweitwohnsitze umgewandelt und der Tourismus boomt nur zum Jahresende. An den Wochenenden sorgen Skifahrer für lange Staus auf den Strassen, aber im Rest des Jahres ist wenig los, genau wie vorher.

Vermutlich konnte die Stadt Turin aufgrund ihrer Grösse die Grossveranstaltung besser verkraften als die Bergorte. Das Oval, das für die Eisschnelllaufwettbewerbe gebaut wurde und rund 70 Millionen Euro kostete, wurde zur Messehalle umgestaltet und im Palaolimpico (Kostenpunkt: 85 Millionen Euro) finden Konzerte und Veranstaltungen statt. Das Medientcenter und das olympische Dorf auf dem ehemaligen Gelände der Mercati Generali, in dem die Athleten untergebracht waren, sind dagegen heute eine Art Ghetto, das illegal von Asylbewerbern und Flüchtlingen besetzt und dem völligen Verfall preisgegeben wird.

Über den Autor:

Francesco Pastorelli ist Geschäftsführer von CIPRA Italien. In dieser Funktion hat er die Spiele 2006 in Turin von der Kandidatur bis zum heutigen Tag verfolgt und sich vor allem mit den Folgen für die Bergorte beschäftigt.

Kontakt: francesco.pastorelli@cipra.org



SALZBURGS KANDIDATUREN FÜR OLYMPISCHE WINTERSPIELE

Die Kandidatur für 2006

Auf Initiative der Wirtschaftskammer Salzburg und auf Drängen der grossen Bergbahnen finanzierte das Bundesland Salzburg eine Machbarkeitsstudie für eine Bewerbung für 2006. Aber schon bei der Vorauswahl entschied sich das Österreichische Olympische Komitee für Klagenfurt, dessen Bewerbung dann beim IOC die Endphase gar nicht erreichte; die Spiele gingen an Turin.

Die Kandidatur für 2010

Anlässlich der Bewerbung für Olympische Winterspiele 2010 stand der Umweltschutz-Gedanke bei den Olympia-Kritikern im Mittelpunkt. Auf Initiative des Naturschutzbundes formierte sich in Salzburg die Arbeitsgemeinschaft ARGE ÖKO OLYMPIA 2010 mit prominenten Mitgliedern. Die ARGE sollte mit der Unterzeichnung eines Vertrages mit den Bewerbern und der Landesregierung «eine Zerstörung der Natur und eine Beeinträchtigung der Bevölkerung» verhindern. Es kam zu mehreren Verhandlungsrunden, doch zu keiner Vertragsunterzeichnung. Es gelang dann der ARGE sogar, einen Gesprächstermin mit den in Salzburg zur Prüfung weilenden Mitgliedern der IOC-Evaluationskommission zu erhalten und dort darauf hinzuweisen, dass die Bewerber keine schriftliche – also einklagbare – Garantie bezüglich des Umweltschutzes abgeben wollten.

Um die Kritiker knapp vor der Wahl der Olympiastadt ruhig zu halten schrieb der Bürgermeister der Landeshauptstadt Salzburg als für die Bewerbung Hauptverantwortlicher an die ARGE, es sei ja alles geregelt. Der Politiker musste dann den Beweis nie antreten, ob dem so sei, denn die Spiele 2010 gingen an Vancouver.

Die Kandidatur für 2014: Ein Trauerspiel in mehreren Akten

Erster Akt: Die Einstimmung der Bürger

Auf massiven Druck der Bergbahnen und Bürgermeister im Bezirk Pongau begann man, noch zaghaft, den Bürgerinnen eine neuerliche Bewerbung für 2014 schmackhaft zu machen. Der zukünftige Geschäftsführer einer Bewerbungsgesellschaft 2014 meinte im Interview in den Salzburger Nachrichten, für die Bewerbung entstünden nun geringere Kosten, weil schon viel vorhanden sei – und überdies brächte die Durchführung bei Einnahmen von 1,6 Milliarden über 500 Millionen Euro Überschuss. Die Bewerbung 2010 zeigte deutlich, dass die Bevölkerung sich nicht so sehr über mögliche Umweltschäden sorgte, vielmehr war sie gegenüber möglichen finanziellen Lasten für den Steuerzahler ablehnend eingestellt. Das war dann natürlich auch die Stossrichtung für die Olympiagegner, insbesondere weil die Bewerbungsgesellschaft dem Landtag und dem Gemeinderat völlig falsche Zahlen lieferte.

Zweiter Akt: Das Bürgerbegehren in der Bewerberstadt Salzburg

Eine von der Österreichischen Volkspartei wegen Unbotmässigkeit ausgeschlossene, und daher «wilde» Gemeinderätin sammelte mit einem Miniteam innerhalb kurzer Zeit die notwendigen mehr als 2000 Unterschriften für die Abhaltung eines Bürgerbegehrens in der Stadt Salzburg.



Die Gegner arbeiteten gänzlich ohne finanzielle Mittel, die Befürworter setzten sogar den Bundespräsidenten mit einem «Postwurf an jeden Haushalt» ein; Landeshauptfrau (Ministerpräsidentin) und Bürgermeister waren eifrig am Wochenmarkt auf Wählerfang unterwegs. Umso enttäuschender war dann für alle Olympiefreunde das Ergebnis: In der Stadt Salzburg stimmte eine Mehrheit von 60,53 Prozent der Stimmberechtigten gegen Olympische Winterspiele.

Doch da es sich laut Stadtrecht nur um eine Bürgerbefragung handelte, mussten sich die Politiker nicht an das Ergebnis halten – man konnte sich also weiter bewerben.

Dritter Akt: Panik! Hunderte Millionen Euro prognostizierte Einnahmen sind verschwunden

Worauf die Kritiker seit Monaten immer wieder hingewiesen hatten: Die kolportierten TV-Einnahmen vom IOC waren Phantomzahlen. Daher mussten die geplanten Ausgabenposten um Hunderte Millionen Euro gekürzt werden.

Als Folge wurde auf der Ausgabenseite wurde getrickst und gelogen, unmögliche Möglichkeiten als realistisch, nicht vorhandene Sportstätten als funktionstüchtig dargestellt. Trotz dieser durchschaubaren Trickereien wurde das Budget genehmigt – der Zuschuss für die Steuerzahler sollte ja «nur» 180 Millionen Euro betragen.

Vierter Akt: das Happy End

Der grosse Zauberer Putin rettete Salzburg – er brachte die Spiele nach Russland – für rund 50 Milliarden Dollar, wie man heute weiss.

2014, sieben Jahre nach dieser Entscheidung gegen Salzburg, fragt man sich, welche Auswirkungen eine erfolgreiche Bewerbung Salzburgs gehabt hätte – das Land konnte auch ohne Olympia nach einem Finanzskandal im Jahr 2012 den finanziellen Kollaps nur knapp vermeiden und musste das Budget radikal zusammen streichen. Für Olympia wären ungleich mehr Finanzmittel zusätzlich aufzubringen gewesen.

Nachspiel: doch kein Ende

Das Land Salzburg berichtet auf seiner Website über 77 Seiten über die Arbeit eines Untersuchungsausschusses im Zusammenhang mit der Olympia-Bewerbung für 2014. In Wien war damals ein Unterstützungsverein gegründet worden, der allerdings letztlich selbst aus dem Salzburger Olympiabudget unterstützt werden musste. Der Generalsekretär des Österreichischen Olympischen Komitees wurde in letzter Instanz zu einer mehrjährigen Haftstrafe verurteilt. Salzburg dürfte auf lange Zeit von Olympischen Spielen geheilt sein.

Weitere Informationen: www.salzburg.gv.at/zusammenfassung-2.pdf

Zum Autor

Willi Rehberg ist gelernter Kaufmann und war zuletzt Geschäftsführer eines Umwelttechnik-Unternehmens und auch jahrelang Schatzmeister der Alpenvereinssektion Salzburg. Er sammelte «Olympisches Knowhow» mit den Bewerbungen Salzburgs um die Olympischen Winterspiele 2006, 2010 und 2014 und unterstützte das Netzwerk NOLYMPIA München 2018 und 2022 mit zahlreichen Vorträgen in den vorgesehenen bayerischen Olympia-Austragungsorten. In Salzburg war er einer der Initiatoren der ARGE-ÖKO OLYMPIA 2010 und arbeitete wesentlich am Zustandekommen einer Bürgerbefragung gegen die Bewerbung Salzburg 2014 mit.

Kontakt: rehberg@salzburg.co.at